



Presse-Information

**Deutscher Apothekertag
Düsseldorf, 18. bis 20. September 2013**

Eröffnungsveranstaltung 18. September 2013

Grußwort

Dr. Martina Bunge MdB

**Bundestagsfraktion Die Linke
Gesundheitspolitische Sprecherin
Bundestagsausschuss für Gesundheit**

Frei zur Veröffentlichung ab Beginn der Veranstaltung.
Es gilt das gesprochene Wort.

Eine interessante Wahlperiode in der Apotheken- und Arzneimittelpolitik liegt hinter uns. Die Umfragen zeigen, dass viele Apothekerinnen und Apotheker eins gelernt haben: Klientelpolitik ist nicht verlässlich, sondern dreht sich je nach politischer Wetterlage.

Das AMNOG, die Packungsgrößenverordnung und zuvor schon die Einführung von Rabattverträgen brachten viel zusätzliche Arbeit in die Apotheken. Die Regierung hat mit der Honorarerhöhung und der Notdienstpauschale am Ende der Legislaturperiode immerhin versucht zu korrigieren und wir als LINKE haben diesen letzten Schritt unterstützt.

Trotzdem – was ist das für eine Politik? Warum denkt man nicht erst über die Folgen nach und findet dann eine ausgewogene Lösung? Das jedenfalls ist mein Anspruch an eine gute Politik.

Die Kurzsichtigkeit der Sparpolitik, wie sie von allen anderen Parteien im Gesundheitswesen betrieben wird, zeigt sich besonders in den Rabattverträgen. Sicher wird so erst einmal Geld eingespart. Doch der Mehraufwand in den Apotheken und Arztpraxen wurde zunächst völlig ignoriert – und führte dann zu der auch von Apothekerinnen und Apothekern geforderten Honorarerhöhung. Doch was noch schwerer wiegt und in jeder Apotheke, die ich besucht habe, wurde das bestätigt: Der Zwangsaustausch verunsichert sehr viele Patientinnen und Patienten. Die Compliance nimmt ab, die Arzneimitteltherapiesicherheit nimmt ab. Erforderliche Folgebehandlungen mit entsprechenden Folgekosten wären vermeidbar. Noch immer ist das Problem der mangelnden Lieferfähigkeit nicht gelöst, was die Zahl der Präparate-Umstellungen weiter erhöht. Wenn überhaupt letztlich ein Plus unter der Rechnung steht, frage ich mich: Ist das die Einschränkung der Therapiequalität wert? Muss es in der Gesundheitspolitik nicht vielmehr darum gehen, die Versorgungsqualität zu optimieren? Sicher brauchen wir eine wirtschaftliche Versorgung, das ist gar keine Frage. Aber die Rabattverträge gibt es doch nur, weil alle Bundesregierungen es nicht hingekriegt haben, für vernünftige Arzneimittelpreise – und ich rede von Listenpreisen - zu sorgen. Die schnelle Nutzenbewertung ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn ich mir auch einen größeren Wurf gewünscht hätte. Gerade für die Generika brauchen wir doch auch eine Preisbildung, die Zwangsaustausche überflüssig macht, faire Erstattungspreise gewährleistet und nicht zu einer Oligopolisierung der Herstellerlandschaft führt. Eine erweiterte Festbetragsregelung, wie wir sie vorschlagen, könnte das.

Die ABDA hat gemeinsam mit der KBV ein beachtenswertes Konzept für eine moderne Arzneimittelversorgung vorgelegt und wir haben im Bundestag für dessen Erprobung gestimmt. Trotzdem können wir nicht damit zufrieden sein, dass nur einige wenige Elemente des Konzepts erprobt werden sollen und erst recht können wir mit der mehr als zögerlichen

Umsetzung in der Selbstverwaltung nicht zufrieden sein. Hier hätten wir uns sowohl von Seiten der Regierung als auch der Selbstverwaltung mehr Mut gewünscht, damit endlich einmal ein Schritt raus aus der Klein-Klein-Regulierung der Arzneimittelversorgung getan wird. Denn die versucht ja letztlich immer nur, das vorherige Politikversagen zu korrigieren, statt mit neuen Konzepten aufzuwarten.

Das gleiche gilt für den Kassenabschlag. Offenbar ist die Selbstverwaltung hier an ihre Grenzen gekommen und so sind wir kurzfristig für eine gesetzliche Festlegung nach festgelegten, objektiven und transparenten Kriterien. Aber letztlich muss die Frage doch erlaubt sein, ob der Wirrwarr aus gesetzlichen, kollektivvertraglichen und selektivvertraglichen Rabatten überhaupt sinnvoll und zielführend ist. Letztlich sind sie nur ein Schutz der Hersteller, die mit überhöhten Listenpreisen ihren internationalen Absatz sichern.

Bekanntlich wollen wir die PKV als Vollversicherung in einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung abschaffen – das ist schon ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Aber damit werden auch die Rabatte überflüssig, denn abgesehen von den Selbstzahlern gibt es dann nur noch gesetzliche Kassen als Kostenträger. Listenpreise gleich Erstattungspreise – das muss unseres Erachtens die Marschrichtung sein, auch damit in den Apotheken wieder mehr Zeit für die Patientinnen und Patientinnen da ist.

Nun, abgesehen von der mageren Honorarerhöhung hatten die Apothekerinnen und Apotheker nicht sehr viel zu lachen in den schwarz-gelben Regierungsjahren. Union und FDP verweigern sich immer noch einer Dynamisierung des Apothekenhonorars. Das in den Koalitionsvertrag aufgenommene Pick-Up-Verbot ist nicht gekommen, weil beide im Gegensatz zu uns nicht grundsätzlich an den Versandhandel heran wollen. Wir als LINKE werden da nicht locker lassen, den Versandhandel auf rezeptfreie Arzneimittel zu beschränken.

Aber zurück zu den Honoraren - auf meine parlamentarische Anfrage hin musste auch die Bundesregierung zugeben, dass es den Apotheken heute schlechter geht als vor zehn Jahren. Wir als LINKE wollen die Präsenzapothekette stärken für eine gute und flächendeckende Arzneimittelversorgung. Gerade die Versorgung auf dem Land muss gesichert werden. Und dafür hilft die von Herrn Spahn ins Spiel gebrachte höhere BtM-Vergütung gar nicht, denn die verteilt wieder nach dem Gießkannenprinzip, wenn Stadtapotheken hier nicht sogar bevorteilt sind. Ich habe vorgeschlagen, den Betrieb von Rezeptsammelstellen zu honorieren. Ich will die Zahl der Sammelstellen nicht erhöhen. Aber

dort, wo ansonsten keine Vor-Ort-Versorgung gegeben wäre, muss die Beratungsqualität trotzdem stimmen – schließlich haben wir sonst das gleiche Qualitätsproblem wie beim Versandhandel. Und das Geld würde gerade in den strukturschwachen Regionen ankommen, wo die Apothekendichte am niedrigsten ist.

Ich freue mich sehr über die viele Zustimmung, die die Sie betreffenden Vorstellungen meiner Partei und auch ich häufig von Ihrer Seite erfahre. Ich deute das auch als ein Zeichen, dass sich viele von Ihnen in ihrer täglichen Arbeit vor Ort ebenso wie ich in meiner politischen Tätigkeit für eine hochwertige pharmazeutische Betreuung einsetzen. Dafür brauchen wir nicht nur verlässliche und solide Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, sondern auch endlich ein stringentes Konzept für eine gute Arzneimittelversorgung, das die Qualität und damit die Patientinnen und Patienten in den Vordergrund stellt, statt ewig das Mantra von Sparzwang und heilsbringendem Wettbewerb zu singen.

Für DIE LINKE steht eine gute Beratung und eine qualitätsgesicherte Versorgung der Patientinnen und Patienten in der inhabergeführten Apotheke weiter im Fokus ihres politischen Agierens – dessen können Sie sicher sein.